



Anfrage: /2022 zur Sitzung des Mainzer Stadtrats am
21.09.2022

FREIE WÄHLER
Stadtrat

Digitalisierung der Verwaltung – Onlinezugangsgesetz (OZG)

Das “Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen – Onlinezugangsgesetz” (OZG) legt die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung fest.

Es sieht vor, ab 1. Januar 2023 **alle Verwaltungsleistungen** für Bürger und Unternehmen **elektronisch** anzubieten. Das OZG soll den online-Zugriff auf Leistungen von Behörden und Verwaltung erheblich verbessern und vereinfachen. Sowohl Bund, wie auch Länder und Kommunen müssen bis dahin alle ihre Verwaltungsleistungen online zugänglich gemacht haben. Dies bedeutet: ca. 600 Leistungen, die von Behörden angeboten werden, wurden definiert und sollen digital zur Verfügung stehen.

Die Freien Wähler haben Zweifel, ob in der Stadtverwaltung Mainz die Umsetzung bis Ende 2022 gelingen kann. Und wir kritisieren die jeweilige Priorisierung der Leistungen in den unterschiedlichen Themenfeldern ebenfalls. Einheitliche IT-Verfahren und Software von Bund, Ländern und Kommunen, die miteinander verknüpft werden müssen, sind hierfür eine Grundvoraussetzung, fehlen bisher jedoch überwiegend. Wir haben zudem Zweifel, ob die Personalausstattung in der Verwaltung für die Umsetzung ausreichend ist. Trotz Aufstockung ist das vorhandene Personal vollständig ausgelastet, weswegen zusätzliche Fachleute nötig sind.

Die FREIEN WÄHLER fragen die Verwaltung:

1. Welche Bereiche der Mainzer Stadtverwaltung sind bisher nicht mit der Umsetzung dieses Gesetzes befasst? Welche sind damit befasst?
2. Welche konkreten Hinderungsgründe treten bisher (neben den fehlenden Vorgaben des Bundes bzw. des Landes bei der Standardisierung) bei der Umsetzung auf?
3. In welchen Bereichen existieren durch staatliche Vorgaben (z.B. Pflicht zur Papierform) weiterhin Umsetzungsprobleme?
4. Was wurde unternommen, um auf die Umsetzungsprobleme aufmerksam zu machen?
5. In welchem Umfang wurde zusätzliches Personal eingestellt, um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sicherzustellen?
6. Wieviel Prozent der Projekte im Zusammenhang mit dem OZG können in Mainz bis Ende 2022 abgeschlossen werden und “online gehen”?

gez.: Erwin Stufler
FREIE WÄHLER